

Monitoring-Projekt

Zivile Konfliktbearbeitung ·
Gewalt- und Kriegsprävention



Dossier I b

Iran-Verhandlungen

Legitimation für einen Angriffskrieg?

Andreas Buro und Clemens Ronnefeldt
Ende Oktober 2012

Eine Aktualisierung zu Dossier I über den Iran-Konflikt

Impressum

Herausgeberin:
Kooperation für den Frieden
Römerstraße 88 · 53111 Bonn
Tel. 02 28 / 69 29 04 · Fax 02 28 / 69 29 06
info@koop-frieden.de
www.koop-frieden.de
in Zusammenarbeit mit
dem Förderverein Frieden e.V.

Spendenkonto: Förderverein Frieden e.V.
Kto.-Nr. 404 1860 401
GLS Bank, BLZ 430 609 67
Stichwort: Monitoring-Projekt

Monitoring-Projekt: Zivile Konfliktbearbeitung,
Gewalt- und Kriegsprävention
Dossier Ib: Iran-Verhandlungen
Eine Aktualisierung zu Dossier I
über den Iran-Konflikt

Gestaltung: www.kippconcept.de
Fotos: R. Maro / version-foto.de

1. Auflage November 2012, 5.000 Stück
Bestellung und Preise siehe Rückseite

Text und v.i.S.d.P.:

Clemens Ronnefeldt, Andreas Buro
c/o Kooperation für den Frieden

Kooperation für den Frieden (www.koop-frieden.de)

ist ein Zusammenschluss friedenspolitisch
aktiver Organisationen und Initiativen in der
Bundesrepublik Deutschland.

Die Kooperation für den Frieden

- organisiert Diskussions- und Beratungsprozesse innerhalb der Friedensbewegung
- fördert den Austausch von Informationen und Einschätzungen zwischen Organisationen und Gruppen
- unterstützt oder initiiert Veranstaltungen und Kampagnen
- veröffentlicht die aus diesen Prozessen hervorgegangenen Positionen
- verbreitet Aktionsvorschläge für die Friedensarbeit
- ermöglicht persönliche Kontakte zwischen Aktiven, z.B. bei der Mitarbeit im Kooperationsrat oder bei den jährlichen Konferenzen.

Mitwirkende der Kooperation für den Frieden

Aachener Friedensmagazin aixpax; Aachener Friedenspreis e.V.; Aktionsbündnis Freiheit statt Angst e.V.; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF); Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden; Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung (asrab); Bildungs- und Begegnungszentren für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow; BI OFFENE HEIDE; Bremer Aktion für Kinder (BAKI); Bremer Friedensforum; Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi); Bund für soziale Verteidigung (BSV); Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW); Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); EUCOMmunity; Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK); Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland – Friedensausschüsse; Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden; Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FiFF) e.V.; Frauen in Schwarz Hamburg; Frauen in Schwarz Köln; Frauennetzwerk für den Frieden e.V.; Friedensbündnis Braunschweig; Friedensfestival Berlin; Friedensforum Münster; Friedensgruppe Altenholz; Friedensinitiative Kyritz-Ruppiner Heide; Friedensinitiative Nottuln e.V.; Friedensrat Müllheim; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand; Heidelberger Friedensratschlag; IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms); IFIAS (Institute for International Assistance and Solidarity); Impuls-Afghanistan e.V., Ravensburg; Infostelle für Friedensarbeit, Meckenheim; IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung; Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit; Internationaler Versöhnungsbund – deutscher Zweig (VB); Komitee für Grundrechte und Demokratie; Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der Region Ingolstadt; Lebenshaus Schwäbische Alb; Leserinitiative Publik e.V.; Menschen für den Frieden/Anti-Kriegsbündnis Düsseldorf; Mönchengladbacher Friedensforum; NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“; Netzwerk Friedenskooperative; Netzwerk Friedenssteuer; Ökumenisches Friedensnetz Düsseldorf Christinnen und Christen; Ökumenisches Netz Württemberg; Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit, Berlin; Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF); pax christi/Deutsche Sektion; Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO Biosphärenreservat, Künzell; Sichelschmiede, Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-Ruppiner Heide; Ulmer Ärzteinitiative; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA); Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden; Würselener Initiative für den Frieden

(Stand: Februar 2012)

Editorial

Michael Lüders, langjähriger Nahost-Korrespondent der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ und häufiger Kommentator bei allen großen Fernseh- und Radiostationen in Deutschland, hat im April 2012 das Buch veröffentlicht: „Iran. Der falsche Krieg. Wie der Westen seine Zukunft verspielt.“¹ Er schreibt darin:

„Spätestens seit dem 25. Januar 2012 konnte jeder, der es wissen wollte, erfahren, dass die Zeichen auf Krieg stehen. An dem Tag veröffentlichte die «New York Times» eine Innenansicht der israelischen Regierung in Sachen Iran. Aus der Feder von Ronen Bergman, dem israelischen Seymour Hersh (US-amerikanischer Starjournalist, Anm.: A.B. und C.R.). Bergman zufolge hatte Verteidigungsminister Ehud Barak einen israelischen Angriff auf die iranischen Atomanlagen bereits für den 20. Januar angeordnet, wurde aber im letzten Moment von Washington daran gehindert. Darüber sei es zu einer ernsten Verstimmung gekommen, und die israelische Regierung habe zu verstehen gegeben, dass sie die USA über eine künftige Offensive erst in Kenntnis setzen werde, nachdem sie bereits angelaufen sei. In Israel, so Bergman, wisse man nur zu gut, dass die USA in dem Fall keine andere Wahl hätten als ihrem Verbündeten militärisch beizustehen. (...) Bergman beendet seinen Artikel mit dem Resümee, die Frage sei nicht, ob Israel den Iran angreifen werde, sondern wann“.

Unter der Überschrift „Geheimer Krieg gegen Iran“ schrieb Paul-Anton Krüger am 22.12.2011 in der Süddeutschen Zeitung:

„Bei einer Explosion starb im November (2011, Anm.: A.B. und C.R.) der Chef des iranischen Raketenprogramms. Es gibt Indizien dafür, dass dies kein Unfall, sondern ein gezielter Angriff war. Experten vermuten, dass der israelische Geheimdienst Mossad dahinterstecken könnte. (...) Ein früherer Pentagon-Analyst, der selbst Luftangriffe geplant hat, sagte der SZ, er tippe auf eine Attacke mit Marschflugkörpern. Ein Drohnen-Angriff mit kleinen, gelenkten Bomben ist ebenso denkbar. Auch lässt sich nicht ausschließen, dass Sprengsätze auf das Gelände geschmuggelt worden sind. Doch darüber geben die Satellitenfotos ebenso wenig preis, wie über mögliche Urheber. Die USA verfügen über entsprechende Waffensysteme, und Israel vermutlich auch. Doch das ist blanke Spekulation. Sicher dagegen ist: Ein möglicher Angriff, vor allem aus der Luft, wäre der Schritt von Geheimdienstoperationen an die Schwelle eines Krieges. Darin liegt zugleich eine Erklärung, warum Iran die USA und Israel nicht beschuldigt – womöglich wider besseren Wissens: Ein Luftschlag würde eine militärische Reaktion fast unausweichlich machen – eine Eskalation, die das Regime wahrscheinlich um jeden Preis vermeiden will. Vielleicht können derzeit alle Beteiligten am besten damit leben, wenn der Tod von General Moughaddam ein Mysterium bleibt“.

Am 30.11.2011 berichtete Peter Münch in der „Süddeutschen Zeitung“, dass erstmals nach zwei Jahren aus dem Libanon mehrere Katjuscha-Raketen auf den Norden Israels abgefeuert worden waren, die einen Hühnerstall und einen Gastank zerstörten. Peter Münch sieht einen Zusammenhang zwischen

¹ Michael Lüders, „Iran. Der falsche Krieg.

Wie der Westen seine Zukunft verspielt.“, C.H. Beck-Verlag, München 2012, 175 Seiten, 14,95 Euro. S. 28ff.

diesen Raketeneinschlägen und dem Tod von General Moghaddam in Iran:

„In Israel wird das von manchen bereits in Verbindung gebracht mit einer Reihe mysteriöser Explosionen in Iran. Vor zwei Wochen war westlich von Teheran ein Raketenlager in die Luft geflogen, am Montagabend wurde zudem eine Explosion aus der Stadt Isfahan gemeldet, wo auch eine Urananreicherungsanlage betrieben wird. Israels Geheimdienst-Minister Dan Meridor gab dazu sogleich ein Radio-Interview mit einem bemerkenswerten Dementi. ‚Nicht jede Explosion‘ sei gleich ein Sabotage-Akt, erklärte er und fügte möglichst vielsagend an, dass es im Umgang mit Iran ‚Staaten gibt, die Wirtschaftssanktionen erlassen, und Staaten, die auf andere Art handeln‘.“

Die israelische Regierung hat nach einem Artikel in „Foreign Policy“ vom 28. März 2012 zufolge einen Vertrag mit Aserbaidschan abgeschlossen, der die Nutzung eines Militärflughafens in der Nähe von Baku zum Inhalt hat. Damit gewinnt die israelische Regierung Handlungsspielraum für ihre Iran-Angriffspläne, da eine Luftbetankung – wie bei Starts von Israel aus – nicht notwendig wäre. Die israelische Regierung wird nach einem Vertrag vom Februar 2012 im Wert von 1,6 Milliarden US-Dollar Aserbaidschan Rüstungsgüter liefern, darunter Drohnen und Flugabwehrraketen, die nach einem israelischen Angriff von Aserbaidschan aus Verlegungsraketen aus Iran abfangen könnten.

Die Folgen eines Angriffs auf die iranischen Atomanlagen lässt Michael Lüders in seinem Buch „Der falsche Krieg“ den pensionierten Vier-Sterne-US-General Anthony Zinni beschreiben, der bereits im Jahre 2009

in seinem Vortrag vor der New American Foundation in Washington folgende rhetorische Fragen stellte:

„Nachdem ihr also Bomben auf deren Bunkeranlagen abgeworfen habt, wie geht es dann weiter? Was, wenn sie beschließen, von ihren Bunkeranlagen aus ihre mobilen Raketen abzufeuern? Was, wenn sie die in Richtung der US-Militärbasen auf der anderen Seite des Persischen Golfs lenken? Oder damit Israel angreifen oder sonst wen? Oder ihre Raketen in saudische Ölfelder lenken? Was, wenn sie alles raushauen, was sie haben, ihre Patrouillenboote, ihre Raketen, den Persischen Golf verminen und Öltanker versenken?“

Spätestens dann knallen in der Weltwirtschaft alle Sicherungen durch. Was, wenn ihre Geheimdienste Schläferzellen aktivieren? Die USA und Israel weiterhin dem Iran einheizen, während die bei uns zuhause den Straßenkampf proben? Ich würde mal sagen, in dem Fall hätten wir ziemlich viele Probleme. Und jetzt erklärt mir doch bitte, wie wir die lösen wollen, okay? ... Meinen Freunden sage ich immer: Wenn euch Afghanistan und Irak gefallen haben, werdet ihr den Iran lieben.“

Vor diesem Hintergrund haben wir uns entschlossen, den Weg der Verhandlungen im Atomstreit zwischen Iran und westlichen Staaten seit 2002 im Rahmen des Monitoring-Projekts: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention nachzuzeichnen. Während im Bereich westlicher Medien Teheran fast durchgängig der schwarze Peter zugesteckt und damit ein Feindbild aufgebaut wird, zeichnet die nähere Betrachtung ein ganz anderes Bild. Doch lesen Sie selbst.²

Andreas Buro und Clemens Ronnefeldt

² Für Kritik, Ergänzungen und Ratschläge danken wir Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Dr. Karl Grobe, Alexander Lurz, Otfried Nassauer und Andreas Zumach. Die Verantwortung für den Text liegt jedoch ganz bei den Autoren.

Eine gefährliche Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten

Die Verhandlungen über die Kontrolle des iranischen Nuklearprogramms sind begleitet von Angriffsdrohungen Israels und der USA gegen den Iran. Aus Teheran kommt die Drohung, das „Regime“ in Israel mit seiner Besatzungspolitik im Westjordanland werde verschwinden. Ein Krieg könnte furchtbare Folgen haben und einen Flächenbrand in Nah- und Mittelost auslösen. In den westlichen Medien wird die Schuld daran, dass der Konflikt trotz Verhandlungen seit vielen Jahren nicht friedlich gelöst werden konnte, weitgehend Iran angelastet, der, so wird behauptet, Atomwaffen anstrebe. Der Iran widerspricht dieser Behauptung, aber sein Widerspruch wird nicht ernst genommen, sondern als Verschleierung seiner wahren Absichten bewertet.

In dieser Ergänzung des Dossiers I zum Iran-Konflikt von 2006 und der Aktualisierung vom 25.1.2012 gehen wir jetzt der Frage nach, wie die Verhandlungen wirk-

lich verlaufen sind. Hat der Iran akzeptable Lösungen ständig abgelehnt und die Kontrolleure der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO, bzw. in englisch IAEA) hintergangen, um ein Atomwaffenprogramm heimlich zu betreiben? Oder haben USA und EU es nicht zu einer tragfähigen Lösung kommen lassen, weil sie den Konflikt bis zu einem kriegerischen Zusammenstoß eskalieren wollten?

Jeder internationale Konflikt hat historische Wurzeln. Wir zeichnen diese in dem ersten Abschnitt „Vorgeschichte“ in aller Kürze auf. Der Konflikt schwelt seit langem, Phasen der Deeskalation folgten Phasen der Eskalation. Wir dokumentieren daher im zweiten Teil, wie erzielte Fortschritte durch neue Eskalationsschritte immer wieder zunichte gemacht wurden. Im dritten Teil zeigen wir, welche Verhandlungspositionen gegenwärtig einander gegenüberstehen. Im vierten bewerten wir die aktuelle Lage und zeigen, welche Elemente eine friedenspolitische Strategie mindestens beinhalten sollte.

Die Vorgeschichte zu den Verhandlungen

Regime Change 1 durch Putsch

Persien/Iran – die Namensänderung erfolgte 1935 – wurde seit dem 19. Jahrhundert von den beiden großen imperialistischen Mächten England und Russland bedrängt, zeitweise in Einflusszonen aufgeteilt (Vertrag von St. Petersburg 1907, in dem die Interessensphären in Zentralasien insgesamt abgegrenzt wurden). Im Ersten und Zweiten Weltkrieg wurde es von russischen/sowjetischen und englischen Truppen besetzt. 1919 versuchte England einen Protektoratsvertrag durchzusetzen. 1908 entdeckte ein britisches Syndi-

kat umfangreiche Ölvorkommen in Iran, zu deren Ausbeutung die Anglo-Iranian-Oil-Company, die heutige BP, gegründet wurde. 1942 schlossen die Sowjetunion und Großbritannien einen Vertrag, um die Modalitäten der Besatzung festzulegen. Darin anerkannten sie die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit Irans. Ab 1942 stationierten auch die USA im Zuge ihres Krieges gegen das nationalsozialistische Deutsche Reich Truppen in Iran. Dies markiert den Beginn des strategischen Interesses der USA an dem Land.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bemühte sich die demokratisch gewählte iranische Regierung Mossadegh darum, die Kontrolle über das iranische Öl im Konflikt mit der Anglo-iranischen Ölgesellschaft zurückzugewinnen. Sie wurde daraufhin von der iranischen Armee, unterstützt von CIA und dem englischen Geheimdienst, zugunsten des Schahs Mohammad Reza Pahlevi 1953 gestürzt. Der Schah regierte in den folgenden Jahrzehnten, unterstützt durch den berüchtigten Geheimdienst SAVAK und mit Rückendeckung des Westens, repressiv das Land. Er betrieb ein umfangreiches Modernisierungsprogramm, das – finanziert durch Öleinnahmen – Iran binnen kürzester Zeit zu einem modernen Industriestaat machen sollte. Insbesondere nach Formulierung der Nixon-Doktrin kam dem kaiserlichen Iran eine Schlüsselrolle zu. Aufgerüstet mit modernsten Waffen, maßgeblich aus den USA, sollte Iran den Gendarm am Golf für den Westen geben.

Die forcierte Modernisierung des Landes, die die iranische Gesellschaft in ihren Grundfesten erschütterte, ein in erheblichen Teilen fehlkonzipiertes Modernisierungsprogramm, eine wirkmächtige Exilopposition und die Folgen jahrzehntelanger autoritärer Herrschaft führten ab Mitte der siebziger Jahre zur Destabilisierung des Schah-Regimes.

Eine breite Protestbewegung, die von unterschiedlichsten Bewegungen wie Kommunisten und Klerikern getragen wurde, stürzte schließlich im Jahr 1979 den Schah. Ayatollah Khomeini, für viele Iraner zunächst eher Symbolfigur des Widerstands, setzte sich schließlich in den post-revolutionären Machtkämpfen durch und schuf die Islamische Republik Iran.

Durch den Sturz des repressiven Schah-Regimes scheiterte das Projekt der USA, Iran als

eine von ihnen gelenkte Regionalmacht in Mittelest aufzubauen. Ein studentisches Revolutionskomitee besetzte im November 1979 die US-Botschaft und nahm dort die US-Diplomaten als Geiseln. Eine militärische Befreiungsaktion der US-Regierung scheiterte. Das Verhältnis Iran – USA verschlechterte sich dramatisch. Die US-Regierung verhängte erste Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen den Iran. Die Herrschaft des schiitischen Klerus führte zu einem autoritären, repressiven, islamischen Staat, der auf seiner Selbstständigkeit beharrte und sich nicht dem Westen zuordnete.

Regime Change 2 - ein missglückter Versuch durch Krieg

Nach der Machtübernahme der Ayatollahs 1979 unterstützten die USA und ihre Verbündeten in Europa den außerordentlich blutigen Angriffskrieg Iraks gegen Iran mit vermutlich bis zu einer Million Toten unter Führung von Saddam Hussein (1980-88). Um weder Irak noch Iran als starke Regionalmacht aus diesem Krieg hervorgehen zu lassen, lieferte die US-Regierung Satellitenbilder an beide Kriegsparteien, Iran wurde im Rahmen des Iran-Contra-Skandals 1984 mit 1500 TOW-Raketen beliefert. Während dieses Krieges hat Iran schlechte Erfahrungen mit den Vereinten Nationen gemacht. 64 Giftgasangriffe Saddams Husseins – damals Freund des Westens – führten zu keiner einzigen UN-Resolution und Verurteilung der irakischen Kriegsführung. Am 3. Juli 1988 schoss der US-Kreuzer Vincennes, der sich zu diesem Zeitpunkt in iranischen Hoheitsgewässern befand und zuvor in Schusswechsel mit iranischen Kanonenbooten verwickelt war, einen Airbus der iranischen Luftfahrtgesellschaft „Iran Air“ ab. 278 Passagiere und zwölf Besatzungsmitglieder wurden bei diesem Abschuss getötet.

Die iranische Führung forderte vergeblich Entschädigungen für die Angehörigen dieser Opfer, die US-Regierung verlangte ebenfalls vergeblich Entschädigungen von Iran für den Tod von 241 US-Marinesoldaten, die 1983 bei einem Anschlag auf das US-Quartier in Beirut getötet wurden, hinter dem die Führung in Teheran vermutet wird.

Während des Krieges 1980-1988 konnte der Iran die unter dem Schah begonnenen Atomkraftprojekte nicht weiterführen. Erst nach der Beendigung des Krieges mit dem Irak und einer Konsolidierungsphase wurde das Vorhaben „Nukleartechnologie“ wieder aufgegriffen.

1995 und 1997 verschärfen die USA ihr Handels- und Finanzembargo mit der Begründung, Iran unterstütze den internationalen Terrorismus. Unter der Regierung von US-Präsident Bush jr. wurde der Iran 2002 auf der „Achse des Bösen“ verortet.

Der Iran hat also in historischer Hinsicht geradezu traumatische Erfahrungen mit der Intervention imperialer Mächte erlebt, die ihre speziellen Interessen auf Kosten des Landes durchzusetzen versuchten.

Iran und der Atomwaffensperrvertrag

Der Atomwaffensperrvertrag (NVV bzw. in englisch NPT) trat 1970 in Kraft und wurde im gleichen Jahr vom Iran während der Schah-Herrschaft ratifiziert. In seinem Rahmen machte das Schah-Regime von seinem Recht Gebrauch, atomare Kapazitäten zur zivilen Nutzung der Kernenergie aufzubauen.

Der Vertrag sichert seinen Mitgliedern das „unveräußerliche Recht“ zu, die Kernenergie für friedliche Zwecke zu nutzen. Alle Vertragsunterzeichner verpflichten sich, „den weitest möglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und techno-

logischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern“ (s. Artikel IV). Alle Vertragsmitglieder haben das Recht, den NVV mit einer Drei-Monats-Frist zu kündigen. Dies hat der Iran nie getan. Er ist nach wie vor Mitglied des NVV. Er hat also auch das uneingeschränkte Recht zur Uran-Anreicherung im eigenen Lande für friedliche Zwecke.

Die Einhaltung des Vertrages wird von der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) kontrolliert. Alle fünf Jahre, zuletzt 2010, findet eine Überprüfungskonferenz statt. 1997 hat die IAEA ein Zusatzprotokoll zur Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten aller Mitgliedstaaten verfasst. Es erweitert die Informationspflicht auf Forschung und Industrie. Kontrollen können kurzfristig erfolgen, das heißt, sie müssen zwischen zwei und 24 Stunden zuvor angekündigt werden. Das Zusatzprotokoll ist von den Teilnehmerstaaten ebenfalls zu ratifizieren, um in Kraft zu treten. Bis Anfang März 2011 haben 139 Staaten dieses Protokoll unterzeichnet, in 107 Staaten ist es in Kraft. Die US-Regierung unterschrieb erst im Jahre 2010. Iran unterzeichnete 2003, hat das Protokoll aber bisher nicht ratifiziert. Es ist allerdings völkerrechtliche Praxis, im Sinne eines unterzeichneten Vertrags zu handeln, auch wenn die Ratifizierung noch aussteht. Die Einhaltung des NVV wird alle 5 Jahre in einer Überprüfungskonferenz kontrolliert. Auf der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags 2010 wurde beschlossen, dass im Jahr 2012 eine internationale Konferenz die Möglichkeit eines grundsätzlichen Verbots von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten erörtern soll.

(vgl. http://cns.miis.edu/stories/pdfs/111014_me_wmdfz_conf_factsheet.pdf)

Ansätze für eine Deeskalation zwischen USA und Iran vor 2003

Immer wieder gab es vor 2003 Ansätze für eine Entspannung in den US-iranischen Beziehungen. In einem TV-Interview 1998 lobte Staatspräsident Khatami die „großartige amerikanische Zivilisation“ und entschuldigte sich indirekt für die Geiselnahme 1979 in der US-Botschaft. Im Gegenzug zur Freilassung der US-Geiseln sollten 1981 auch die von der damaligen US-Regierung festgehaltenen iranischen Auslandsguthaben freigegeben werden, was jedoch erst Ende 1989 an die Regierung von Ali Akbar Haschemi Rafsandschani erfolgte (vgl. FR, 15.2.2006).

Nach den Anschlägen vom 11.9.2001 auf das World Trade Center in den USA gab es in Teheran spontane proamerikanische Demonstrationen. Washington und Teheran verband der Kampf gegen die Taliban und das Netzwerk al Qaida. Mehrere hochrangige Mitglieder des Terrornetzwerkes standen im Iran unter Hausarrest. Im Oktober 2002 befürworteten 70 Prozent der iranischen Bevölkerung die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA. Die Regierung in Teheran hatte die Umfrage in Auftrag gegeben, bei der auch herauskam, dass 40 Prozent der Befragten die seinerzeitige Politik der USA gegenüber Iran sogar nachvollziehen konnten. Die Regierung reagierte äußerst verärgert auf diese Ergebnisse und ließ die Direktoren der beteiligten Meinungsforschungsinstitute verhaften. Unter den Festgenommenen war mit Abbas Abdi, der die Besetzung der US-Botschaft 1979 geleitet

hatte, auch ein prominentes Mitglied der derzeitigen Reformbewegung.

Iran erkannte 2003 – zum Wohlgefallen Washingtons – sehr schnell die Übergangsregierung im Irak an. Seit langem gibt es informelle Kontakte zwischen Teheran und Washington. Nach dem Erdbeben von Bam 2003 mit mehreren zehntausend Toten leisteten die USA humanitäre Hilfe - und Teheran ließ dies zu.

Der ehemalige US-Präsident Bill Clinton bedauerte die Absetzung des iranischen Premierministers Mossadeq in einem Interview: *„Es ist eine traurige Geschichte, die tatsächlich in den 50er Jahren begann, als die Vereinigten Staaten Mossadeq, der ein gewählter parlamentarischer Demokrat war, absetzten und den Schah zurück an die Macht brachten. (...) Und dann wurde dieser von Ajatollah Khomeini gestürzt, was uns in die Arme Saddam Husseins trieb. Die meisten schrecklichen Dinge, die Saddam Hussein in den 80er Jahren tat, tat er mit der vollen wissentlichen Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten, weil er im Iran war und der Iran das, was er war, nur war, weil wir damals in den 50er Jahren die parlamentarische Demokratie zerstörten. Das ist wenigstens meine Überzeugung.“*³

Auch die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright bezeichnete den Sturz Mossadeqs als eindeutigen Rückschlag für die politische Entwicklung Irans. Im März 2000 erkannte sie an, dass *„Aspekte der amerikanischen Politik gegenüber Irak während seines Konfliktes mit Iran heute als bedauernd wert kurzfristig erscheinen, vor allem im*

3 Das Interview mit Bill Clinton erschien in „Executive Intelligence Review, 6/2005, hier zit. nach: Behrouz Khosrozadeh, Countdown für Golfkrieg IV?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2006, S. 311. Die gesamte Chronologie des Atomstreits bis 2006 stellt eine Überarbeitung eines Teils einer AGDF-Studie von Clemens Ronnefeldt dar: <http://www.versoehnungsbund.de/2006-cr-agdf-iranst>

Licht unserer späteren Erfahrungen mit Saddam Hussein“. Sie hatte gegenüber dem Iran dazu aufgerufen, „zusammen ein neues Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte zu schreiben“, und betonte: „Lasst uns offen sein über unsere Differenzen und lasst sie uns überwinden“ (zitiert nach „Die Zeit“, 16.2.2006).

Eskalationsschritte im Atomstreit zwischen der Europäischen Union und Iran

Die Eskalation im Atomstreit zwischen den drei EU-Verhandlungspartnern Deutschland, Großbritannien und Frankreich („EU-3“) und Iran war keineswegs unvermeidbar. Die im nachfolgenden Text zusammengefassten Dokumente wurden vom Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit zusammengestellt und können nachgelesen werden unter www.bits.de/main/archive/iran1.htm.

November 2003: Vereinbarung zwischen Iran und EU-3 in Teheran mit unterschiedlichen Vertragsinterpretationen
Mit dieser Vereinbarung unterzeichnete Iran das Zusatzabkommen zum Atomwaffen-sperrvertrag. Damit unterwarf sich Teheran erweiterten Informationspflichten und unangemeldeten Inspektionsbesuchen seiner Atomanlagen durch die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) - und hielt diese Verpflichtung in der Folgezeit auch ein. Iran erklärte sich zusätzlich bereit, freiwillig alle Urananreicherungs- und Wiederaufarbeitungsarbeiten vorläufig auszusetzen, bis eine Dauerlösung gefunden sei.

Die EU-3 bestätigten in der Vereinbarung das Recht Irans zur friedlichen Nutzung der Atomenergie in vollem Umfang. Sie

versprachen zudem für Iran einen besseren Zugang zu Hochtechnologien sowie zur Zusammenarbeit im Rahmen einer regionalen Sicherheitszone nach der Klärung des Konflikts.

Iran schloss in der Folge die Bauarbeiten an der Urankonversionsanlage in Isfahan ab und führte Arbeiten an der Urananreicherungsanlage in Natanz weiter. Die EU-3 sahen dies als Vertragsverletzung. Iran umgekehrt bestand auf der IAEA-Definition, wonach der Bau von Zentrifugen noch nichts mit der Anreicherung von Uran zu tun habe und ebenso die in Isfahan durchgeführte Konversion weiterhin erlaubt sei.

November 2004: Vereinbarung zwischen Iran und EU-3 in Paris (Erhöhung der Anforderung, Gewährung von Anreizen, kombiniert mit Drohungen)
In einer weiteren Vereinbarung in Paris sagte Iran zu, freiwillig die weitere Urankonversion in Isfahan ebenso wie die Urananreicherung in Natanz auszusetzen, solange die Verhandlungen andauern. Auch stimmte Teheran der Versiegelung der Anlagen durch die IAEA zu. Die EU-3 engten jedoch die Spielräume aus dem Abkommen von Teheran für Iran weiter ein, indem sie nun auch einen Verzicht des Iran auf den Bau von Zentrifugen und Kaskaden durchsetzten. Auch daran hielt sich Teheran bis zu neuen Entwicklungen.

Die EU-3 bestätigten der Regierung in Teheran in der Vereinbarung, dass die iranischen Maßnahmen aus dem Pariser Abkommen vertrauensbildende Maßnahmen seien, zu denen Iran nicht verpflichtet sei, und sagten zu, bei Irans Bemühungen zur Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) unterstützend tätig zu werden. Teheran wollte als wichtigsten Punkt klare Sicher-

heitsgarantien, in Zukunft nicht angegriffen zu werden, und erwartete hierfür Zusagen der EU-3. Im Dezember 2004 sollten Verhandlungen zur Regelung aller noch offenen Fragen beginnen.

Im Dezember 2004 begannen tatsächlich regelmäßige Verhandlungen, im März 2005 zog die US-Regierung ihre Vorbehalte gegen WTO-Aufnahmegespräche weitestgehend zurück und stellte bei einem Verhandlungserfolg die Lieferung von Ersatzteilen für die zivile Luftfahrt in Aussicht. Im Gegenzug sagten die EU-3 der US-Regierung zu, im Falle des Scheiterns der Verhandlungen den Fall Iran vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen. Der Streit entzündete sich daran, dass die EU-3 „objektive Garantien“ in völkerrechtlich verbindlicher Form von Iran einforderten, selbst allerdings nur unverbindlichere „feste Garantien“ für ihre politischen Vorschläge anboten, was Teheran erst verspätet realisierte.

Februar 2005: Uran-Anreicherung unter der Kontrolle der IAEA (Abwandlung des IAEA-Vorschlags gegen legitime iranische Interessen)

Im Sinne der Gleichbehandlung aller Unterzeichner-Staaten des Atomwaffensperrvertrages könnte eine Dauerlösung des gegenwärtigen Konflikts um die Anreicherung im iranischen Natanz darin liegen, dass nur noch die IAEA selbst Anreicherungsanlagen betreibt. Im Februar 2005 legten IAEA-Vertreter dazu einen Bericht vor. Die iranische Seite stand diesem Ansatz zunächst wohlwollend gegenüber und nahm die Einladung des da-

maligen IAEA-Generaldirektors ElBaradei, in der dafür eingesetzten Expertenrunde in Wien mitzuarbeiten, im Rahmen der Verhandlungen mit den EU-3 in Paris an.

Bisher gibt es bereits zwei Anreicherungsprojekte im Rahmen internationaler Kooperationen – wenn auch noch nicht unter UN-Kontrolle: Die Firmen Eurodif und Urenco.

Mit Eurodif hat Iran schlechte Erfahrungen gemacht. *„Der Iran hat 1974 einen Nuklearkooperationsvertrag mit Frankreich geschlossen und sich als Partner in das europäische Uran-Anreicherungskonsortium Eurodif eingekauft. Als Iran 1991 angereichertes Uran (für medizinische Zwecke, Anm.: A.B. und C.R.) beziehen wollte, kam es zu einem Rechtsstreit mit Frankreich, weil der Iran seine Zahlungsverpflichtungen in den 1980er Jahren nicht eingehalten hätte. Seither hat der Iran seinen finanziellen Anteil an Eurodif nicht zurück erstattet bekommen und Frankreich hat den USA versprochen, an den Iran kein angereichertes Uran aus dessen Ansprüchen herauszugeben. Wenn Frankreich nun gemeinsam mit anderen Ländern vom Iran verlangt, selbst kein Uran anzureichern, kann man sich vorstellen, wie dies aufgenommen wird.“*⁴ Die Führung in Iran sah sich betrogen.

Diese Erfahrung dürfte auch der Hauptgrund sein, warum Iran dem Vorschlag einer gemeinsamen Anreicherung auf russischem Boden nur unter der Bedingung zustimmen würde, eine eigene Anreicherung in kleineren Mengen auf eigenem Boden durchführen zu können, die im Notfall einer Blockadehaltung Russlands recht schnell hochgefahren werden könnte.

4 Martin Kalinowski, Das Nuklearprogramm des Iran - zivil oder militärisch, in: Wissenschaft und Frieden, Dossier 51, hg. von Wissenschaft und Frieden in Zusammenarbeit mit den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), Bonn 2006,

Schreiben Irans an die EU-3 vom 3.5.2005
(Verschleppung einer konstruktiven
Antwort durch die EU)

Auf die bis Anfang Mai gemachten EU-3-
Vorschläge ging Iran am 3.5.2005 mit einem
als konstruktiv zu bezeichnenden Brief ein.
Iran sagte zu, das Zusatzprotokoll zum NVV
zu ratifizieren, das eine verschärfte Überwachung
durch die IAEA ermöglicht, erklärte seine Be-
reitschaft zum Betrieb eines offenen Brenn-
stoffkreislaufes ohne Wiederaufarbeitung sowie
zu einem Gesetz, das die ausschließlich zivile
Nutzung der Atomenergie festschreiben würde.

Im Gegenzug erwartete Iran Zugang zu
EU-Hochtechnologie einschließlich Atomanlagen,
Sondierungsgespräche über die
Lieferung weiterer EU-Atomkraftwerke, Zu-
sagen über die Lieferung nuklearer Brenn-
stoffe sowie von Rüstungsexporten, Zugang
zu EU-Märkten und EU-Investitionsmög-
lichkeiten sowie die Aufhebung technolo-
gischer Sanktionen der G-8-Staaten. Iran
erwartete in diesem Schreiben auch die Be-
reitschaft der EU-3 zu einer Initiative für
eine ABC-waffenfreie Zone im Nahen und
Mittleren Osten.

Die für Ende Juli 2005 zugesagte Ant-
wort der EU-3 verzögerte sich. Iran kündigte
daraufhin an, unter IAEA-Aufsicht Anfang
August 2005 die Urankonversion in Isfahan
wieder aufzunehmen. Die EU-3 sahen darin
eine Vertragsverletzung und beantragten eine
IAEA-Sondersitzung.

Schreiben der EU-3 an Iran vom 5.8.2005
(Verschärfung der Anforderungen und der
Tonlage gegenüber dem Iran, Empörung
und Vertragsverletzung seitens Iran -
Abbruch der Verhandlungen durch die EU)
Die EU-3 forderten in ihrem Antwortschrei-
ben vom 5.8.2005 von Iran den Verzicht auf

alle Aktivitäten eines geschlossenen Brenn-
stoffkreislaufes, schlugen den ausschließ-
lichen Bezug von Brennelementen aus dem
Ausland vor, forderten die Ratifizierung des
IAEA-Zusatzabkommens zur verschärften
Überwachung bis Ende 2005 sowie die Ver-
pflichtung Irans, niemals in Zukunft aus
dem Atomwaffensperrvertrag auszutreten.
Im Gegenzug sagten die EU-3 den Zugang
zu Nuklearbrennstoffen zu, boten Hilfen bei
der Stilllegung und alternativen Nutzung ira-
nischer Atomanlagen an und offerierten eine
Sicherheitsgarantie der beiden Nuklearmäch-
te Frankreich und Großbritannien.

Iran reagierte auf diese Vorschläge, die
bisher keinem Land der Welt in solcher
Schärfe zugemutet worden waren, äußerst
ablehnend. Die iranische Empörung richtete
sich vor allem gegen die Forderung nach
einem Verzicht von Anlagen selbst des of-
fenen Brennstoffkreislaufes, der nach dem
NVV zugelassen ist.

Auf Druck der US-Regierung und der
EU-3 stellte der IAEA-Gouverneursrat am
24. September 2005 fest, dass die bereits seit
einem bis zwei Jahren bekannten Fehler und
Tatbestände der Nichteinhaltung des Safe-
guards-Abkommens durch Iran als Verstoß
im Sinne von Artikel XII.C des IAEA-Status
zu werten seien. Das Safeguards-Abkommen
wurde 1974 zwischen Iran und der IAEA
abgeschlossen und soll verhindern, dass aus
zivilen Atomprogrammen atomwaffentaug-
liches Material abgezweigt wird.

Zeitweilige Verletzungen dieses Abkom-
mens sah auch Professor Martin B. Kali-
nowski, der sieben Jahre für die Teststopp-
vertragsorganisation in Wien tätig war: *„Es
gibt keine Beweise für die Existenz eines Kern-
waffenprogramms im Iran. Allerdings hat der
Iran vor Oktober 2003 seine Verpflichtungen*

aus dem Safeguards-Abkommen verletzt und zahlreiche verdächtige Aktivitäten betrieben, ohne sie zu melden und überwachen zu lassen. (...) Nach dem Aufdecken dieser Fehler bemüht sich der Iran seit Oktober 2003, mit reiner Weste zu erscheinen. Die Kooperation mit den IAEA-Inspektoren wurde verbessert und mehr Transparenz hergestellt, wenngleich Hinhaltenmanöver und widersprüchliche Angaben zu weiterer Skepsis Anlass geben.“⁵

Nach Öffnung der Siegel der Anreicherungsanlage in Natanz durch iranische Beamte Anfang Januar 2006 brachen die EU-3 die Gespräche mit Iran ab und erklärten die Verhandlungen für gescheitert.

Fazit zu den Verhandlungen zwischen EU-3 und Iran

Bei nüchterner Betrachtung fällt rückblickend auf, dass trotz berechtigter Kritikpunkte der EU-3 an der Atom-Politik Teherans – wie z.B. an der verspäteten Meldung einiger Anlagen an die IAEA – nicht Iran, sondern die EU-3 durch ihre provokativen Maximalforderungen vom 5.8.2005 die Hauptverantwortung für das Abbrechen der Gespräche und die bis heute andauernde Eskalation tragen. Dies sehen mehrere Friedensforscher ebenso, u. a. Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit, oder Bernd W. Kubbig von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt: *„Die EU hat sich aber, teilweise selbstverschuldet, als ernsthafter Partner Teherans aus dem Verhandlungspoker herauskatapultiert. Zu den Gründen zählen die unrealistischen Annahmen über Teherans Verhalten und überzogene Forderungen“* (SZ, 3.1.2006).

Im Vergleich etwa zur Hochanreicherung von Uran im deutschen Forschungsreaktor Garching bei München, der Anreicherungspraxis von Brasilien oder zum Verhalten der US-Regierung, die sogar Indien, das den NVV nicht einmal unterzeichnet hat, künftig Nuklearmaterial liefern wird, stellen die Vertragsverletzungen Irans bezüglich des Safeguards-Abkommens ein weit weniger starkes Vergehen dar.

Die russischen Vorschläge (Verengung der Perspektiven durch Ablehnung von Lösungen, die legitime Interessen aller Seiten beachten)

Nach dem Abbruch der Verhandlungen zwischen der EU-3 und Iran ruhten viele Hoffnungen auf der Diplomatie Russlands. Im Gespräch mit iranischen Vertretern hatte die russische Seite zwei Varianten zur Lösung des Atomstreites vorgeschlagen:

Nach „Variante 1“ soll Iran damit beginnen, Investitionen in die Urananreicherung in Russland zu tätigen. Iran würde demnach Uran nach Russland exportieren, wo es dann angereichert würde. Danach könnte Teheran die Brennstäbe zurück erhalten und z.B. in Buschehr einsetzen. Der entstehende Atom Müll müsste wieder nach Russland zurückgeschickt werden. Nach diesem Plan würde Iran beim Prozess der Urananreicherung keine Rolle spielen und von wichtigen technischen Arbeiten ausgeschlossen sein. Diesen Plan favorisierten die US-Regierung und die EU-3. Aus Sicht der iranischen Seite war er ebenso diskriminierend wie die EU-Vorschläge vom August 2005. Er beschneidet die Rechte eines Vertragsstaates, an Forschung und Tech-

⁵ Martin Kalinowski, a.a.O., S. 6 und 7.

nik mit eigenen Wissenschaftlern teilzuhaben. Die Vorschlagenden wussten, dass die Annahme dieses Vorschlags im Iran einen schweren Gesichtsverlust bedeuten würde.

Nach „Variante 2“ sollte ebenfalls in Russland irisches Uran angereichert werden. Gegenüber „Variante 1“ sollten aber andere Staaten wie z.B. China an dem Projekt beteiligt werden. Iranische Wissenschaftler sollten auf allen entscheidenden Ebenen das Recht zur Mitarbeit haben. Zudem hätte Iran die Erlaubnis zur Urananreicherung in begrenzter Form erhalten. Dadurch hätte Teheran sein bereits vorhandenes technisches Know-how erhalten und ausbauen können. Im Konfliktfall mit Russland, das die Lieferung von Brennstäben aussetzen könnte, hätte Iran die Möglichkeit gehabt, innerhalb einer überschaubaren Zeit selbst wieder Brennmaterial herzustellen, wie es ihm nach dem NVV ohnehin zustand. An diesem Plan lehnte insbesondere die US-Regierung das Zugeständnis einer geringen Anreicherung auf irischem Boden ab.

Teherans Angebot

Der iranische Präsident Ahmedinejad hatte *„in seiner UNO-Rede ein wichtiges Kompromissangebot vorgelegt: Der Iran könne sein Anreicherungsprogramm als Joint Venture mit privaten und staatlichen Nuklearunternehmen aus anderen Ländern betreiben. Damit wäre sichergestellt, dass das angereicherte Uran nicht heimlich für militärische Zwecke eingesetzt wird“* (Le Monde Diplomatique, Nov. 2005).

IAEA-Generaldirektor ElBaradei hat sich im Februar 2006 dahingehend geäußert, Iran den Betrieb einer Anreicherungs-Pilotanlage zu erlauben, was der iranische Regierungssprecher Gholam-Hossein Elham als Schritt

in die richtige Richtung bezeichnete. Würden die abgebauten Überwachungskameras der IAEA in Natanz wieder aufgebaut und IAEA-Inspektoren nach dem NVV-Zusatzprotokoll in kürzeren Abständen zu unangemeldeten Inspektionen in Natanz erscheinen, läge darin vermutlich ein höherer Grad an Sicherheit für Israel und die westliche Welt bezüglich der Gefahr einer iranischen Atombombe als in der gegenwärtigen Situation.

Neue Ansätze nach dem Abbruch der EU-3 Gespräche im Januar 2006

Ruprecht Polenz, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, sah im Jahre 2006 Bewegung innerhalb der US-Regierung: *„Außenministerin Condoleezza Rice und Sicherheitsberater Stephen Radley haben dem Vernehmen nach eine vollständige Überprüfung der amerikanischen Iran-Politik in Auftrag gegeben“* (Die Zeit, 16.3.2006).

Bereits im November 2005 berichtete der US-Botschafter im Irak, Zalmay Khalilzad, der zum engeren Kreis des neokonservativen „Project for the New American Century“ gehörte, in einem Interview des US-Magazins Newsweek, der damalige Präsident George W. Bush habe ihn autorisiert, zum Zweck der Stabilisierung Iraks mit der Regierung in Teheran Verhandlungen aufzunehmen. Khalilzad stellte sogar eine Abweichung von der bisherigen US-Politik gegenüber Iran in Aussicht. Im Frühjahr 2006 betonte die US-Regierung jedoch, Khalilzad habe nur ein auf die irakische Sicherheitsfrage begrenztes Mandat und solle nicht über den Atomkonflikt verhandeln. *„US-Diplomaten waren bemüht, den Eindruck eines möglichen Kurswechsels nach 27 Jahren offizieller Kontaktperrre zu widerlegen. (...) Sicherheitspo-*

litische Experten in Washington deuteten die amerikanisch-iranischen Gespräche dennoch als wichtigen Schritt. Beide Seiten hätten ein gemeinsames Interesse an einer Stabilisierung Iraks. Die nun vereinbarten Kontakte würden ‚ausstrahlen auf andere, umstrittene Themen‘, sagte Jon Alterman, Iran-Experte beim Center for Strategic and International Studies (CSIS). Ähnlich äußerte sich eine Studie der Rand-Corporation: James Dobbins, ein ehemals hochrangiger US-Diplomat, riet der Bush-Regierung, in Gesprächen über Irak und Afghanistan die nötige Grundlage für einen breiteren Dialog mit

Teheran zu schaffen“ (SZ, 18./19.3.2006).

Ende März 2006 schließlich stimmte auch Irans geistliches Oberhaupt, Ajatollah Khomeini, direkten Gesprächen mit den USA zu. „Zugleich forderte er Washington zum Abzug der Truppen (aus Irak, Anm.: A.B. und C.R.) auf. In einer Fernsehansprache stellte Khomeini indirekt klar, bei den noch im Laufe der Woche erwarteten Kontakten mit Amerikas Botschafter in Bagdad, Zalmay Khalilzad, dürfe nicht Teherans Atomprogramm in Frage gestellt werden.“ (SZ, 23.3.2006).

Chronologie wichtiger Ereignisse im Atomstreit ab November 2007

16.11.2007 IAEA-Generaldirektor ElBaradei stellt fest, die Organisation verfüge nicht über hinreichende Informationen um beurteilen zu können, ob das iranische Atomprogramm nur friedlichen Zwecken diene.⁶

22.11.2007 Der EU-Außenbeauftragte Solana unterstützt die Idee von ElBaradei, internationale Produktionsstätten für die Urananreicherung einzurichten.

03.12.2007 Eine Einschätzung der US-Geheimdienste mit dem Titel: „Iran: Nuclear Intentions and Capabilities“ wird bekannt. Die wichtigste Aussage lautet: Teheran habe im Herbst 2003 sein Atomwaffenprogramm gestoppt, halte sich jedoch die Möglichkeit offen, Atomwaffen zu entwickeln. Am 5.12.07 äußert sich ElBaradei zustimmend zu dem Bericht. Er erleichtere die Bemühungen zu einer friedlichen Lösung des Konflikts.

11.12.2007 Der iranische Präsident Ahmadinejad kündigt die Installierung von 50 000 Zentrifugen zur Urananreicherung in den nächsten 5 Jahren an.

03.03.2008 Der Sicherheitsrat verschärft die Sanktionen gegen Iran. Er habe weder die Urananreicherung eingestellt, noch unerlässliche Schritte zur Vertrauensbildung vollzogen.

03.06.2008 In einer Rede bekräftigt Ajatollah Khomeini, Iran werde an seinem zivilen Atomprogramm festhalten. Aus religiösen Gründen lehne der Iran Atomwaffen prinzipiell ab.

14.06.2008 Als Generalsekretär des Europäischen Rates und Hoher Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU unterbreitet Solana in Teheran ein Angebot mit wirtschaftlichen Anreizen zur Aufgabe der Urananreicherung. Der iranische Außenminister

⁶ In der folgenden Chronik haben wir uns auf die Angaben der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ und auf Meldungen aus Tageszeitungen gestützt

verspricht eine gründliche Prüfung.

28.09.2008 Vor der IAEA-Generalkonferenz berichtet ElBaradei über eine Langzeitstudie, nach der Teheran durchaus geheime Pläne verfolgen könne. Vertreter islamischer Staaten fordern die Offenlegung auch des israelischen Atomprogramms und die Errichtung einer atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten.

04.02.2009 Die fünf Veto-Mächte im Sicherheitsrat und Deutschland begrüßen die Absicht von US-Präsident Obama, direkte Gespräche mit dem Iran aufzunehmen. Man strebe weiter eine diplomatische Lösung an. Am 10.2.2009 äußert sich Präsident Ahmedinejad: Der Iran sei bereit zum Dialog in einem Klima der Fairness und des gegenseitigen Respekts.

19.02.2009 Ein interner Bericht der IAEA stellt fest, der Iran verfüge über mehr Nuklearmaterial als bisher angenommen. Damit könne die Schwelle der Kapazität zur Herstellung einer Atombombe (nuclear weapons breakout capability) überschritten sein.

20.03.2009 US-Präsident Obama richtet eine Videobotschaft an das iranische Volk. Amerika strebe nach Beziehungen, die ehrlich und in gegenseitigem Respekt begründet seien. Direkte Gespräche werden jedoch nicht aufgenommen.

Am 22.03.2009 richtet Ajatollah Khamenei eine Rede an die USA: *„Sie brauchen jetzt die Losung von Veränderung, aber in Wirklichkeit ist kein Wandel ersichtlich. Habt Ihr etwa die Sanktionen gegen Iran aufgehoben? Habt Ihr die Unterstützung des zionistischen Regimes abgeschafft? Sagt uns doch, was Ihr genau verändert habt.“*

09.04.2009 Präsident Ahmedinejad erklärt bei der Eröffnung einer Anlage für Nu-

clearbrennstoff in Isfahan, der Iran habe damit den atomaren Kreislauf geschlossen. Das Land beharre auf seinem Recht der zivilen Nutzung der Atomenergie. Das Zeitalter der Massenvernichtungswaffen sei endgültig vorbei.

21.09.2009 Die iranischen Behörden unterrichten die IAEA über den Bau einer zweiten Anlage zur Anreicherung von Uran. Sie diene ausschließlich der zivilen Nutzung. Diese Unterrichtung erfolgte allerdings erst, nachdem die USA und Frankreich ihre Existenz öffentlich machen wollten. Nach iranischer Rechtsauffassung wäre eine Bekanntmachung nicht erforderlich.

Die fünf Veto-Mächte, Deutschland und die EU nehmen die Atomgespräche mit Iran in Genf wieder auf.

Javier Solana erläutert ein Pilotprojekt, nach dem iranisches Uran in russischen Anlagen von 3,5% auf knapp 20% angereichert werden solle, in Frankreich weiter verarbeitet und dann wieder in den Iran zurück transportiert werden würde. Dort könne es für die Herstellung medizinischer Isotope genutzt werden. Teheran sagt eine Prüfung des Vorschlages zu, betont jedoch auch, dass die Anreicherung von Uran nach dem Atomwaffensperrvertrag das Recht eines jeden Mitgliedstaates sei.

27.11.2009 Die IAEA fordert Iran auf, alle offenen Fragen zu seinem Nuklearprogramm zu beantworten, und die Arbeiten an der bisher geheim gehaltenen Uran-Anreicherungsanlage in Qom sofort zu beenden.

01.12.2009 Nachfolger des Ägypters ElBaradei bei der IAEA in Wien wird der Japaner Yukiya Amano. Am 2.12.2010

veröffentlicht der britische Guardian „WikiLeaks“-Aussagen, wonach Amano dem US-Botschafter Glyn Davies am 16.9.2009 – zwei Monate nach Yukiya Amanos Wahl zum IAEA-Generaldirektor im Juli 2009 – zugesagt hatte, in Übereinstimmung mit den strategischen Schlüsselentscheidungen der USA in der Iran-Atomwaffen-Anschuldigungs-Angelegenheit zu handeln.

<http://www.guardian.co.uk/world/us-embassy-cables-documents/230076>

An der Neutralität Amanos im Verhandlungsstreit um das iranische Atomprogramm sind nach dieser Veröffentlichung erhebliche Zweifel angebracht.

12.12.2009 Der iranische Außenminister Mottaki stimmt dem Vorschlag der fünf Veto-Mächte und Deutschlands grundsätzlich zu, iranisches Uran im Ausland aufarbeiten zu lassen. Der Zeitplan und die Modalitäten müssten jedoch den Vorstellungen seiner Regierung entsprechen. So solle das Uran nur ratenweise an das Ausland geliefert und gegen fertige Brennstäbe ausgetauscht werden.

Januar 2010 Der iranische Nuklearwissenschaftler Mohammadi wird bei einem Bombenanschlag in Teheran getötet.

07.02.2010 Präsident Ahmedinejad gibt den Auftrag, Uran für einen Forschungsreaktor von 3,5 Prozent auf 20 Prozent anzureichern.

Außenminister Mottaki teilt anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz die Bedingungen Teherans für eine Urananreicherung im Ausland mit: Festlegung der Menge durch Teheran, synchroner Austausch der Brennelemente, Bestimmung des Ortes des Austausches und der Anreicherung.

08.02.2010 Der Iran unterrichtet die IAEA über die Vorbereitung für eine Anreicherung von Uran auf 20 % in der Atomanlage in Natanz.

14.05.2010 US-Präsident Obama unterstreicht in einem Bericht an den Kongress die Bedeutung der nuklearen Abschreckung für die nationale Sicherheit der USA. Er will in den kommenden zehn Jahren 80 Mrd. \$ für die Modernisierung der Atomwaffen bereit stellen. Diese Aussage steht im Widerspruch zur Verpflichtung der ‚offiziellen Atommächte‘, die nach dem NVV ihre eigenen Atomwaffen auf Null zu reduzieren haben.

17.05.2010 In Vermittlungsgesprächen in Teheran vereinbaren der brasilianische Präsident Lula da Silva und der türkische Premier Erdogan mit Präsident Ahmadinejad einen Kompromiss im Atomstreit. Der Iran solle 1200 kg leicht angereichertes Uran bis zur Lieferung von Brennelementen unter Aufsicht der IAEA in der Türkei deponieren. Das blockiert die US-Regierung. Vermutlich waren die Vorbereitungen für eine neue Sanktionsrunde bereits zu weit gediehen. US-Präsident Barack Obama hat mit seiner Taktik die Türkei und Brasilien als Vermittler desavouiert und somit einen Lösungsansatz für den Konflikt bis heute zerstört.

28.05.2010 Auf einer Review-Conference verabschieden die 189 Staaten des NVV einen Aktionsplan für atomare Abrüstung. Die Atommächte werden zur Verkleinerung ihrer Atomwaffenarsenale aufgefordert mit dem Ziel einer vollständigen Abschaffung. Israel solle dem NVV beitreten. Für 2012 wird eine Sonderkonferenz über die Schaffung einer atom-

waffenfreien Zone in der Nahostregion geplant.

Juni 2010 Der Angriff des Stuxnet-Virus – eine gemeinsame israelisch-us-amerikanische Co-Produktion – auf iranische Nuklearanlagen wird bekannt.

09.06.2010 Der Sicherheitsrat verschärft die Sanktionen gegen Iran. Die Resolution 1929 stellt fest, Iran habe „unter Verstoß gegen seine Verpflichtungen aus den Beschlüssen des Sicherheitsrates alle, mit der Anreicherung zusammen hängenden Tätigkeiten auszusetzen, eine Anlage zur Urananreicherung gebaut.“ Teheran wird ferner aufgefordert, den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen bald zu ratifizieren. Brasilien und die Türkei stimmen gegen die Resolution.

23.07.2010 Der Nuklearwissenschaftler Rezaeinejad wird in Teheran erschossen.

Im August 2010 wird das mit russischer Hilfe gebaute Atomkraftwerk in Buschehr mit Brennstoffelementen bestückt.

17.10.2010 Präsident Ahmadinejad erklärt seine Bereitschaft, die unterbrochenen Verhandlungen über das iranische Atomprogramm wieder aufzunehmen. Die EU-Außenbeauftragte Ashton hatte am 14.10.2010 eine entsprechende Einladung an Teheran übermittelt.

29.11.2010 Doppelanschlag gegen Nuklearwissenschaftler in Teheran, Shariari wird getötet, Abbasi überlebt.

April 2011 Der frühere Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde und Friedensnobelpreisträger Mohamed ElBaradei gibt dem „Spiegel“ ein Interview im Zusammenhang mit seiner Präsidentschaftskandidatur in Ägypten, bei dem auch der Konflikt um das iranische

Atomprogramm zur Sprache kommt. Das Interview erscheint am 19.4.2011 bei Spiegel-online in englischer Sprache unter <http://www.spiegel.de/international/world/0,1518,757786,00.html>

(...) SPIEGEL: *Ihr Optimismus ist bewundernswürdig. Als Sie noch Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien waren, fühlten Sie sich sogar noch zuversichtlich, dass Sie den nuklearen Konflikt zwischen Iran und der internationalen Gemeinschaft lösen könnten. Das hat aber nicht geklappt.*

ElBaradei: *Wir waren tatsächlich mehrmals kurz vor einer Lösung. Die Iraner waren 2003 bereit, aber die Administration des damaligen US-Präsidenten George W. Bush war es nicht. Dann, im Jahre 2010, als Präsident Barack Obama seine Hand ausgestreckt hat, konnten die Iraner sie nicht ergreifen wegen innenpolitischer Machtkämpfe.*

SPIEGEL: *In Ihren bald herauskommenden Memoiren beschreiben Sie, wie Sie betrogen wurden in Ihren Untersuchungsversuchen.*

ElBaradei: *Ich halte mich strikt an die Tatsachen. Ein Teil davon ist, dass die Amerikaner und die Europäer uns wichtige Dokumente und Information vorenthalten haben. Sie waren an einem Kompromiss mit der Regierung in Teheran nicht interessiert, aber an Regimewechsel – durch jegliche notwendigen Mittel.*

SPIEGEL: *Und die armen Iraner waren völlig unschuldig?*

ElBaradei: *Nein, sie haben auch Tricks angewendet. Aber der Westen hat nie versucht zu verstehen, dass das Wichtigste für Iran war, Anerkennung zu erhalten und als gleichwertig behandelt zu werden. (...)* (Übersetzung: Dr. Anka Schneider).

- 12.07.2011 Irans Außenminister Ali Akbar Salehi stimmt bei einem Besuch der IAEA der Wiederaufnahme von Gesprächen über das iranische Atomprogramm zu. Dabei könne auch über die Vorwürfe, Iran arbeite an der Herstellung von Atomwaffen, gesprochen werden.
- 18.11.2011 Nach der Veröffentlichung eines Berichts der IAEA setzt deren Gouverneursrat Teheran eine Frist bis März 2012, um offene Fragen zu beantworten. Der stellvertretende russische Außenminister Gennadi Gatilow lehnt weitere Sanktionen gegen Iran ab. Diese *„würden von der internationalen Gemeinschaft als Mittel interpretiert, das Regime in Teheran auszuwechseln“*. Der Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA über den Stand der Fähigkeit des Irans, Atomwaffen zu produzieren, wird sehr unterschiedlich von „Nichts Neues“ bis zur Aussage „Klarer Beweis für das Streben Irans nach Atomwaffen“ bewertet. Der vielfach ausgezeichnete US-Journalist Seymour M. Hersh kommt in einer ausführlichen Analyse des Berichts zu dem Ergebnis: *„Der neue Bericht lässt uns dort, wo wir bereits 2002 waren, als George W. Bush erklärte, der Iran sei ein Mitglied auf der Achse des Bösen, mit vielen kriegerischen Wort garniert, aber ohne jegliche Erkenntnis von einem Nuklearwaffen-Programm“* (newyorker.com; Übersetzung A. B.).
- 29.11.2011 Iranische Demonstranten, darunter auch Revolutionsgardisten, dringen auf das Gelände der britischen Botschaft in Teheran vor, verwüsten Teile der Einrichtung und verbrennen die britische Fahne. Dies führt zu einer schweren diplomatischen Krise. Angeblich soll es sich um Protestaktionen von Studenten gehen die von Großbritannien verhängten Sanktionen gehandelt haben.
- 27.12.2011 Irans Vizepräsident Mohammed Resa Rahimi droht für den Fall weiterer Sanktionen des Westens mit einer Sperrung der Straße von Hormus.
- 03.01.2012 Zum Abschluss eines iranischen Flottenmanövers in der Straße von Hormus warnt Teheran die USA, man sei in der Lage, die eigenen Interessen durchzusetzen. Das US-Militär bestätigt die Verlegung von zwei Flugzeugträgern in das Arabische Meer.
- 20.02.2012 Teheran verweigert IAEA-Inspektoren den Zugang zu dem Militärgelände von Parchin, das nichts mit der Nuklearfrage zu tun habe. Die IAEA verdächtigt den Iran, dort Sprengtests in Vakuumkammern ausgeführt zu haben.
- 04.03.2012 Präsident Obama erklärt vor der sehr einflussreichen Lobbyorganisation „American-Israel Public Affairs Committee“ (AIPAC) in Washington, es sei das Ziel der USA, die nukleare Bewaffnung Irans mit allen Mittel zu verhindern. Es gebe eine realistische Chance, dieses Ziel mit politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Mitteln zu erreichen. Das Gerede von Krieg habe dem Iran in der Vergangenheit nur geholfen und den Ölpreis in die Höhe getrieben.
- 05.03.2012 Die IAEA äußert „ernsthafte Besorgnis“ über ein mögliches militärisches Atomprogramm des Iran. Die Regierung in Teheran hatte zuvor als Geste guten Willens angedeutet, sie wolle den IAEA-Inspektoren Zugang zu einer umstrittenen Anlage gewähren.
- 14.04.2012 Verhandlungen der fünf UN-Vetomächte und Deutschland mit dem Iran im April in Istanbul

Die Teilnehmer bezeichnen die Atmosphäre als konstruktiv und wollten sich am 23.5.2012 in Bagdad wieder treffen. Die International Crisis Group (ICG) berichtet, alle Teilnehmer hätten das Ziel, Zeit zu gewinnen und eine Krise zu verhindern, die Israel zu einem Militärschlag führen könnte, eine weitere Instabilität in der Region verursachen, die Ölpreise verderben und damit die wirtschaftliche Erholung Europas und die Wiederwahl Obamas erschweren würde.⁷

Die Positionen zum iranischen Atomprogramm blieben jedoch konträr. Auch wenn Teheran tatsächlich bereit sein sollte, seine Haltung zu der 20 prozentigen Uran-Anreicherung zu verändern, blieb Washington bei seiner Forderung, der Iran müsse alles 20 prozentigen Uran ins Ausland exportieren und außerdem die unterirdische Anreicherungsanlage in Fordow schließen (ebd.).

In der Schlusserklärung von Istanbul wird – und das ist ein Fortschritt – festgehalten, dass der NVV-Vertrag die Grundlage für alle weiteren Verhandlungen sein soll. Damit ist das Recht Irans auf eine friedliche Nutzung der Atomenergie anerkannt. Ferner heißt es darin, bei weiteren Verhandlungen werde man sich vom Prinzip der wechselseitigen Schritte leiten lassen: „... *we will be guided by the principle of the step-by-step approach and reciprocity*“.

Ein ehemaliger iranischer Verhandlungsführer beschreibt die Ergebnisse von Istanbul in fünf Punkten: 1. Die Verhandlungen sollen ohne Vorbedingungen geführt werden. 2. Der NVV-Vertrag soll Grundlage sein, und nicht

die Beschlüsse des Sicherheitsrates. 3. Anstelle von einseitigen Zugeständnissen sollen nun reziproke Zugeständnisse verhandelt werden. 4. Das Eingeständnis, dass ein gegenseitiges Misstrauen vorhanden ist. 5. Die Verpflichtung, Schritt-für-Schritt-Verhandlungen mit einem klaren Endpunkt zu führen (ebd.).

02.05.2012 IAEA-Generaldirektor Amano äußert sich nach einem Besuch in Teheran vorsichtig optimistisch über die Möglichkeiten der Kontrolle des iranischen Atomprogramms. Am 14./15.5.2012 finden Verhandlungen mit der IAEA statt. Dabei wird von iranischer Seite versichert, die Probleme mit der Besichtigung der Militäranlagen in Parchim könnten gelöst werden. Gleichzeitig drängte Teheran auf eine Lockerung der Sanktionen, die den Iran schwer belasten. Das wird von westlicher Seite abgelehnt. Vielmehr wird der Schluss gezogen, dass die Sanktionen wirken.

23.05.2012 Die zweite Runde der Gespräche findet in Bagdad mit verhärteten Positionen statt. Der Westen soll einen 3-Punkte-Plan angeboten haben: 1. Stopp der 20 %-Anreicherung. 2. Auslagerung des 20 %-angereicherten Urans ins Ausland mit Austauschmöglichkeiten und 3. Schließung der unterirdischen Anreicherungsanlage in Fordow. Im Gegenzug erklärte sich der Westen bereit, die Sanktionen nicht weiter zu verschärfen, Flugzeugersatzteile zu liefern, den iranischen Forschungsreaktor mit geeignetem Uran zu versorgen und die Zusammenarbeit über nukleare Sicherheit auszuweiten. Das wurde auch von der ICG als ein un-

7 ICG, Middle East Briefing No. 34, 15.6.2012

zureichendes Angebot angesehen (ebd.). Das Ergebnis von Bagdad war lediglich die Vereinbarung, die Verhandlungen in Moskau am 18./19.6.2012 fortzusetzen. Auch diese Verhandlungen verliefen ohne wesentliche neue Ergebnisse, doch sollten Gespräche auf Expertenebene fortgeführt werden, ehe weitere Verhandlungen stattfinden könnten.⁷

Am 16.08.2012 meldete die „Stimme Russlands“, der iranische Präsident habe den jüngsten Vorschlag Russlands zu einer schrittweisen Lösung akzeptiert. Danach sollen die Sanktionen im Gegenzug zu den Zugeständnissen Teherans gelockert werden. Der Präsident sei zur Ausarbeitung von Kooperationsvorschlägen bereit.

18.09.2012 Im Zusammenhang mit einem Treffen zwischen der EU-Außenbeauftragten Ashton mit dem iranischen Chefunterhändler Dschalili in Istanbul sagte ein Sprecher des iranischen Außenministeriums, Teheran sei an einer Fortsetzung der Verhandlungen interessiert. Der Iran beharre aber auf seinem Recht an einem zivilen Atomprogramm und auf einer Aufhebung der Sanktionen (FR 19.9.2012).

18.9.2012 Der Board of Governors der IAEA beschwert sich über die Weigerung des Iran, den Militärstützpunkt Parchim von der IAEA kontrollieren zu lassen. Die IAEA vermutet, dass dort bis vor dem Jahre 2004 Sprengköpfe für hoch-explosive Materialien getestet wurden. Zu erinnern ist an die Aussage der US-Geheimdienste, Teheran habe etwa zu diesem Zeitpunkt seine Arbeiten an einem Atomwaffenprogramm eingestellt. Die IAEA befürchtet, dass einige Bestandteile dieses Programms noch weiter

fortgeführt würden (ACA-Report Vol. 3, Issue 13, vom 18.9.2012).

Auf der UN-Generalversammlung Ende September 2012 behauptet der israelische Premier Netanjahu unter Berufung auf die IAEA, Teheran habe bereits 70 % des Urans angereichert, das es für Atomwaffen benötige. Auf Rückfrage von Andreas Zumach bei der IAEA in Wien wird diese Behauptung nicht bestätigt (taz, 29.9.2012).

Aktuell laufen Verhandlungen auf technischer Ebene zwischen Unterhändlern von Ashton und Dschalili weiter. Dies kann als Zeitgewinn oder hoffnungsvolles Zeichen gedeutet werden. Der de facto Stillstand vor den US-Präsidentenwahlen könnte sich allerdings noch weiter verlängern, da im Juni 2013 ein neuer iranischer Präsident gewählt wird, wenn es nicht schon vorher zu einem israelisch-amerikanischen Angriff auf den Iran kommen sollte.

Die aktuellen Verhandlungspositionen⁸

Die iranische Position

- » Die Bekräftigung des Rechts, gemäß NVV Uran anzureichern, in Verbindung mit einer Erklärung des obersten Ajatollahs in Form eines verbindlichen UN-Dokuments, mit der Urananreicherung keine Nuklearwaffen anzustreben.
- » Die Aufhebung der Sanktionen in Verbindung mit einer guten Kooperation mit der IAEA.
- » Kooperation im Bereich der nuklearen Energie-Produktion und nuklearer Sicherheit.
- » Vertrauensbildende Maßnahmen möglicherweise durch Begrenzung der Anreicherung von Uran auf 20 %.
- » Kooperation in anderen Bereichen, z.B. Maßnahmen gegen Drogen und in regionalen Fragen wie im Syrien-Konflikt oder der Lösung von Spannungen in Bahrain.

Die Position der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und von Deutschland (5+1)

- » Stopp der Urananreicherung auf 20 %.
- » Schließung der unterirdischen Anlage zur Urananreicherung in Fordow.
- » Auslagerung des bisher auf 20 % angereicherten Urans ins Ausland. Im Austausch dafür würden aus dem Ausland Brennstäbe für den Versuchsreaktor in Teheran geliefert werden.
- » Hilfe im Bereich nuklearer Sicherheit.
- » Versorgung mit Ersatzteilen für iranische Flugzeuge.

Eine wesentliche Minderung oder Aussetzung der Sanktionen ist in diesem Angebot nicht vorgesehen. Das widerspricht der Schlusserklärung von Istanbul vom April 2012. Entsprechend den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates müsste der Iran ganz auf das ihm aus dem NVV-Vertrag zustehende Recht der Uran-Anreicherung verzichten.

Bewertung der Verhandlungen und des Konflikts

- » Es gibt keine Beweise, dass Teheran den Bau von Atomwaffen betreibt. Das früher möglicherweise vorhandene Programm ist nach Auffassung aller US-Geheimdienste vor 2004 beendet und seitdem nicht wieder aufgenommen worden. Auch die IAEA hat keine Beweise. Sie möchte allerdings in Parchim prüfen, ob nicht doch einige Elemente von damals fortgeführt worden sind.
- » Auch die israelische Regierung glaubt nicht, Teheran verfüge bereits über Atomwaffen.

Sie möchte verhindern, dass Teheran die ‚Nuklearwaffenfähigkeit‘ erreicht. Eine aktuelle Bedrohung liegt also nicht vor.

- » Angesichts der ständigen Angriffsdrohungen durch die Regierungen in Israel und in den USA akzeptiert Teheran nicht, die unterirdische Urananreicherungsanlage in Fordow zu schließen. Dieser Forderung nachzukommen würde bedeuten, dass die iranischen Anlagen besonders leicht der Zerstörung durch Angriffe ausgesetzt sein würden.

⁸ Nach einer Übersicht der Arms Control Assoziation, in Iran Nuclear Brief 28.6.2012, Greg Thielmann: Iran Negotiations: What's Next after Moscow?

- » Während der Verhandlungen wurden die Angriffe auf iranische Atomwissenschaftler, Cyberwar-Attacken auf iranische Nuklear- und Ölanlagen sowie eine Verschärfung der Sanktionen fortgesetzt. Die militärische Bedrohung gegenüber Iran wurde ständig verstärkt und ethnische Gruppierungen im Iran gegen Teheran mobilisiert (vgl. Anhang 1). Iran hat darauf mit Gegendrohungen reagiert. Dieser Aktion-Reaktions-Prozess hat folglich die offiziell gewünschte Vertrauensbildung konterkariert und Misstrauen verstärkt.
- » In der medialen Wahrnehmung der Verhandlungen wird viel über die vorgebliche Bedrohung Israels durch mögliche iranische Atomwaffen gesprochen, obwohl klar ist, dass Iran gegenwärtig keine Atomwaffen hat. Falls Iran in der Zukunft über einsatzfähige Atomwaffen verfügen sollte, könnte das Land nur zum Preis des eigenen Untergangs diese einsetzen können. Die sehr viel realere Bedrohung des Iran und der ganzen Region durch die Waffen der USA und Israels werden als wesentlicher Faktor in Berichten über die Verhandlungen meist ausgeblendet.
- » Bei den Verhandlungen in Istanbul im April 2012 wurde u. a. vereinbart, der NVV-Vertrag solle Grundlage sein, und nicht die Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates. Anstelle von einseitigen Zugeständnissen sollten nun reziproke Zugeständnisse verhandelt werden. Damit wurde das Recht Irans anerkannt, eine eigenständige Urananreicherung unter Kontrolle der IAEA zu betreiben. Dagegen wird trotz dieser Vereinbarung argumentiert, Iran erfülle nicht die Beschlüsse des UN-

- Sicherheitsrats, auf eine Urananreicherung zu verzichten. Bei Betrachtung der oben aufgeführten Verhandlungspositionen wird erkennbar, dass die 5+1-Gruppe nicht bereit ist, reziproke Angebote etwa im Bereich der Reduzierung der Sanktionen vorzunehmen. Sie verhindert damit einen Verhandlungsfortschritt. Die Angebote von Russland sowie von Brasilien und der Türkei, denen Teheran zugestimmt hatte, wurden in der Folgezeit nicht weiter berücksichtigt. Eine Einstellung der Urananreicherung auf 20 % gegen die Lieferung von Kernbrennstäben für den iranischen Forschungsreaktor wurde vom iranischen Präsidenten bereits 2011 angeboten.⁹
- » Ein großer Teil der gegen den Iran verhängten Sanktionen stammt aus den 80er und 90er Jahren. Die US-Regierungen hatten diese im Gefolge des Sturzes des Schahs und der damaligen Konflikte verhängt. Sie haben also nicht mit der ‚Atomfrage‘ zu tun, sondern waren und sind Kampfmaßnahmen der US-Regierung gegen die Regierung in Teheran.
 - » Jerry Sommer (ebd.) schreibt: *„Der Verhandlungsansatz der P5+1, sich auf die Frage der 20-prozentigen Anreicherung durch den Iran zu konzentrieren, hat zwar eine gewisse Logik. Denn dieses Material ist schneller als das 3,5-prozentig angereicherte Uran zu waffenfähigem 90-prozentig angereicherten Uran weiter zu verarbeiten, falls Iran das denn beschlösse. Allerdings hat dieser Ansatz folgende drei grundsätzliche Mängel. Erstens scheinen die Forderungen nach Beendigung der Produktion und Auslagerung der vorhandenen Menge an 20-prozentig angereichertem Uran sowie nach Schließung*

⁹ Sommer, Jerry: Iran-Verhandlungen - und wie weiter? BICC Feature 3, 7/2012.

der Urananreicherungsanlage in Fordow insbesondere von den westlichen Verhandlungsteilnehmern als nicht verhandelbares Paket eingestuft zu werden. Sie gehen wohl davon aus, dass der Iran eine Art Bringschuld habe. Doch ohne Flexibilität im Einzelnen und ohne dass dieses Paket aufgeschmürt wird, dürfte auch ein Kompromiss über die isolierte Frage des 20-prozentig angereicherten Urans nicht zu erzielen sein. Zweitens sind die USA und die EU bisher nicht bereit, im Gegenzug zu iranischen Zugeständnissen eine tatsächliche Rücknahme von Sanktionen anzubieten. Dies betrifft zum Beispiel das seit dem 1. Juli 2012 in Kraft befindliche Verbot der EU-Staaten, Öl aus Iran zu importieren sowie US-Sanktionen gegen iranische Ölexporte und die iranische Zentralbank. (Angemerkt sei in diesem Zusammenhang, dass Russland und China sowie Brasilien, die Türkei und andere Staaten diese nicht vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen ohnehin als kontraproduktiv bzw. illegal ablehnen.) (...) Drittens besteht vor allem die Regierung Obama auf der Suspendierung jeglicher iranischen Urananreicherung und lehnt es ab, ein Recht des Iran auf friedliche Nutzung der Kernenergie inklusive des Rechts auf Urananreicherung entsprechend dem Nichtweiterverbreitungsvertrag zu akzeptieren. Dies ist ein Hindernis für jede Vereinbarung.“

» Eine Bewertung der Ansätze nach dem Abbruch im Januar 2006 ergibt: Erstens ein Ringen um eine veränderte Haltung in den USA, wobei Geheimdienste kräftig mitmischen. Zweitens: Sehr weitreichende Kompromissbereitschaft auf Seiten des Iran. Sie wird aber nicht als Stärke des Iran belohnt, sondern als Schwäche gegenüber der westlichen Sanktionspolitik gedeutet.

Drittens: Inhaltlich könnte man sich einigen, wenn der Westen es wollte. Es liegen Vorschläge auf dem Tisch: Anreicherungsmodalitäten, der Ansatz, schrittweise und wechselseitig vorzugehen, als Grundlage der NVV-Vertrag, und nicht die UN-Sicherheitsrats-Beschlüsse, Vorschlag zur atomwaffenfreien Zone und die in Aussicht genommene internationale Konferenz über die Möglichkeit eines grundsätzlichen Verbots von Massenvernichtungswaffen im Nahen und Mittleren Osten.

» Die jüngsten Verhandlungen vermitteln den Eindruck, dass sie auf Zeitgewinn angelegt waren, da vor den US-Präsidentenwahlen keine ernsthaften Entscheidungen getroffen werden konnten.

» Unabhängig davon können sie auch so verstanden werden, dass sie als Basis für eine Legitimierung eines späteren Angriffs auf den Iran dienen sollen, in der Teheran die Schuld am Scheitern der Verhandlungen zugeschrieben wird. Dieses Verständnis geht davon aus, dass angesichts der bestehenden Machtverhältnisse die Verhandlungen nur ein Vorwand sind, um die iranische Regierung durch Sanktionen zu schwächen und möglicherweise dann durch militärische Angriffe zu stürzen und so einen „Regime Change“ zu erreichen (s. *einleitende Darstellung*). Iran hat Langzeitverträge über die Lieferung von Öl und Gas mit China und Indien geschlossen. Bei einem Regimewechsel in Teheran könnten neue Verträge ausgehandelt werden, Öl und Gas könnten statt nach Osten dann nach Westen abtransportiert werden. Geht man von dieser Prämisse aus, werden die unergiebigsten Verhandlungen politisch verständlicher.

Eine friedenspolitische Strategie sollte mindestens die folgenden Elemente enthalten:

- A. Beendigung der anti-zionistischen Propaganda der iranischen Regierung und der ständigen Drohpolitik seitens der Regierungen in Israel und in den USA.
- B. Eine Nichtangriffsvereinbarung zwischen den Regierungen von USA und Israel einerseits und dem Iran andererseits, verbunden mit der Ratifizierung der Zusatzprotokolle der IAEA durch Teheran und der korrekten Zusammenarbeit mit der IAEA.
- C. Das klare und unwiderrufbare Bekenntnis aller Verhandlungspartner, dass dem Iran alle Rechte aus dem NVV-Vertrag zustehen, wie Iran auch alle Verpflichtungen aus dem NVV zu erfüllen hat.^{10 + 11}
- D. Die verpflichtende Erklärung zur Aufhebung der Sanktionen gegen Iran parallel zu den Verhandlungsfortschritten (s. Punkt B.).
- E. Ein ernsthaftes Bemühen um eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten. Eine Konferenz hierzu wurde bereits von den Vereinten Nationen für 2012 beschlossen. Hieran sollte sich auch die israelische Regierung beteiligen.¹²
- F. Parallel zu der geplanten UN-Konferenz wäre eine Dauerkonferenz nach dem Vorbild der ‚Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa‘ (KSZE) einzuberufen. Sie sollte neben der Sicherheitsfrage auch viele andere Themenbereiche gegenseitigen Interesses der Kooperation umfassen, um den gefährlichen Zustand der Konfrontation in diesem Bereich durch Felder der Kooperation zu überwinden.

10 Mit diesem Bekenntnis ist nicht die Feststellung verbunden, dass eine solche Nutzung dieses Rechts ökologisch sinnvoll ist. Vielmehr kann auf Alternativen und die Bereitschaft hingewiesen werden, diese zu fördern. Da auch Uran in wenigen Jahrzehnten weltweit nicht mehr verfügbar sein wird und Atomenergie so wenig Zukunft hat wie die Energiegewinnung aus Öl und Gas, könnten im Iran NGO's wie die „Women Society Against Enviromental Pollution“, die sich u.a. für den Einsatz erneuerbarer Energien im Iran engagieren, unterstützt werden.

11 Insbesondere Deutschland als führendes Land im Bereich erneuerbare Energien könnte Iran im Rahmen der EU-3 Verhandlungen Anreize für Wind- und Solarprojekte anbieten. Allein schon wegen der Erdbebengefahr ist der Betrieb von Atomanlagen im Iran unverantwortlich.

12 Die Resolution 687 des UN-Sicherheitsrates vom 3.4.1991, seinerzeit im Nachgang des Irak-Krieges 1991 formuliert, enthält eine Reihe von Formulierungen, deren Umsetzung bisher nicht einmal ansatzweise angegangen wurden: „Unter Hinweis auf das Ziel der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region, im Bewusstsein der Gefahr, die alle Massenvernichtungswaffen für den Frieden und die Sicherheit in dem Gebiet darstellen, und der Notwendigkeit, auf die Schaffung einer von derartigen Waffen freien Welt im Nahen Osten hinzuwirken, sowie im Bewusstsein des Ziels der Herbeiführung einer ausgewogenen und umfassenden Kontrolle der Rüstungen der Region, (...).“

Auf diese Aussagen könnte eine künftige Konferenz für eine ABC-waffenfreie Zone genauso aufbauen wie auf die Schlussresolution zur Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) vom Mai 1995, in der von einer „Zone des Mittleren Ostens, frei von nuklearen Waffen genauso wie anderen Massenvernichtungswaffen“ die Rede ist (www.disarmament2.un.org/wmd/npt/1995RESME.htm). Der damalige Generaldirektor der IAEA in Wien, ElBaradei, hatte für das Jahr 2004 zu einem offiziellen IAEA-Workshop über eine regionale atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten eingeladen, der dann allerdings aus Zeitgründen verschoben und bis heute nicht neu terminiert wurde. Ein Hoffnungspflänzchen im Vorfeld der Planung stellte die Zusage der israelischen Regierung dar, an diesem Workshop teilzunehmen.



Anhang 1:

Instrumentalisierung ethnischer Minderheiten und Oppositioneller zur Destabilisierung Irans

Zu den am 3.12.2006 im UN-Sicherheitsrat gegen Iran verhängten Sanktionen, die Vermögenswerte von 12 Personen und zehn Firmen einzufrieren, die an iranischen Atom- und Raketen-Programmen beteiligt sind sowie der Erweiterung dieses UN-Beschlusses am 24.3.2007 mit dem Exportverbot für iranische Waffen, verhängte am 25.10.2007 die damalige US-Regierung unter Georg W. Bush wesentlich verschärfte Sanktionen gegenüber Iran: Teherans Revolutionäre Gardien wurden als „Verbreiter von Massenvernichtungswaffen“ eingestuft, die iranischen Al-Quds-Brigaden als „Unterstützer von Ter-

roristen“ geächtet. Mit beiden Maßnahmen verhängte Washington erstmals drastische Strafmaßnahmen gegenüber Streitkräften eines anderen Landes.

Gleichzeitig beschloss die US-Regierung unter George W. Bush, ethnische Minderheiten in Iran für eigene Zwecke zu instrumentalisieren und stellte dafür erhebliche finanzielle Mittel bereit.

Rund die Hälfte der iranischen Bevölkerung sind Perserinnen und Perser, alle ethnischen Minderheiten zusammen rund 44 Prozent. Die im Norden Irans an der Grenze zu Aserbaidschan beheimateten Aseris sind

mit 24 Prozent Gesamtanteil die größte Minderheitengruppe. Unter Kurden, Arabern und Belutschen herrscht seit längerem große Unzufriedenheit mit der Teheraner Zentralregierung, die massiv von US- wie auch von israelischer Seite seit Jahren instrumentalisiert wird.

In einer in der US-amerikanischen Militärfachzeitschrift „Armed Forces Journal“ im Juni 2006 abgedruckten Landkarte mit dem Titel „Blut-Grenzen: Wie ein besserer Mittlerer Osten aussehen würde“ (Blood borders: How a better Middle East would look) macht sich der Autor Ralph Peters Gedanken über eine geographische Neuordnung der gesamten Region im Dreieck zwischen Türkei, Pakistan und Jemen. Neben einem dreigeteilten Irak, dessen neuer arabisch-schiitischer (Teil-)Staat im Süden des Landes auch die iranische Region Khusistan mit ihrer arabischen Mehrheit einschließt, fallen ein freies Belutschistan (auf Gebietskosten Irans und Pakistans) sowie ein Staat Kurdistan (auf Gebietskosten der Türkei, Iraks, Syriens und Irans) ins Auge. Iran würde nach dieser Vision nicht nur flächenmäßig an Macht und Einfluss stark verlieren. Mit der Abtrennung der Provinz Khusistan würde Iran rund 80% seiner derzeitigen Erdölvorräte an einen neuen arabisch-schiitischen Staat verlieren.

Ohne diese Landkarte überbewerten zu wollen, scheint sie bei Ansicht konkreter Fakten allerdings doch mehr zu zeigen als bloße neokoloniale Gedankenspiele einer Politik des „Teile und Herrsche“ auf ethnischer Grundlage.

Khusistan

Die erdöltreiche Provinz Khusistan trägt in erheblichem Maße zum iranischen Gesamteinkommen bei; die arabisch-schiitische Be-

völkerungsmehrheit fühlt sich - mit gutem Grund - seit vielen Jahren bei der Verteilung dieser Erlöse unzureichend berücksichtigt. Wegen der Zerstrittenheit verschiedener oppositioneller Gruppen untereinander gibt es derzeit (noch) keine nennenswerten militärischen Kräfte, die eine Abspaltung mit Gewalt durchsetzen könnten. In den letzten Jahren wurden allerdings immer wieder Anschläge auf staatliche Sicherheitseinrichtungen verübt, ebenso auf Erdölförderanlagen. In der Provinzhauptstadt Ahwas propagierte der Satellitensender „Ahwaz-TV“ die Unabhängigkeit Khusistans. Auf dem Bildschirm erscheint „eine Faxnummer mit kalifornischer Vorwahl“ (Le Monde Diplomatique, nachfolgend: LMD, Okt. 2007).

Belutschen

In der im Südosten an der Grenze zu Pakistan gelegenen iranischen Provinz Belutschistan werden „die seit langem etablierten Verbindungen der US-Geheimdienste zum pakistanischen Geheimdienst ISI und zum israelischen Mossad“ genutzt: „Über den ISI wurden Geld und Waffen an die Dschundallah (Soldaten Gottes) geschleust, eine Organisation iranischer Belutschen, die 2006 und 2007 im Südosten des Landes, in der Nähe von Zabedan, mehrfach Einheiten der Iranischen Revolutionsgarden angegriffen und ihnen schwere Verluste zugefügt hat“ (LMD, Okt. 2007). Deren Opferzahlen schwollen in den letzten Jahren auf mehr als 3000 Soldaten an.

Kurden

Der US-Journalist Seymour Hersh berichtete schon im November 2006 in der Zeitschrift „The New Yorker“, dass der israelische Geheimdienst Mossad der iranischen Kurdengruppe „Partei für ein freies Leben in Kur-



distan“ (PJAK), die mit der PKK verbunden ist, Material und Ausbildung gewährt. PJAK greift immer wieder von Stützpunkten im Irak grenznahe Einrichtungen des iranischen Staates im kurdischen Teil Irans an und erhält dabei, so Hersh, auch verdeckte Unterstützung aus den USA. *„Wo Regimewechsel gewünscht wird, ist Terrorist nicht mehr gleich Terrorist“*, kommentierte Rudolph Chimelli von der Süddeutschen Zeitung (SZ, 25.10.2007) diese Politik.

Mudschaheddin-e-Khalq (MEK)

Der Organisation Mudschaheddin-e-Khalq (MEK) gehören etwa 3600 Kämpfer im Irak an, bei denen es sich vielfach um Exiliraner handelt. MEK-Soldaten kämpften während des iranisch-irakischen Krieges von 1980-88 auf Seiten Saddam Husseins. Nach der US-Invasion 2003 *„ließ man ihre Basen intakt und setzt ihre Kämpfer für Spionage- und Sabotage-*

aktionen im Iran ein, aber auch bei Verhören von Iranern, die im Verdacht stehen, schiitische Milizen im Irak zu unterstützen“ (LMD, Okt. 2007). Seit 1997 stand die MEK auf der offiziellen US-Liste terroristischer Organisationen. Dies hinderte den US-TV-Sender „Fox News“ dennoch nicht, den Vorsitzenden des „Nationalen Rats des iranischen Widerstands“, Aliresa Dschafarsadah, der den politischen Zweig der militärisch ausgerichteten MEK vertritt, immer wieder vor einem US-Millionenpublikum für einen Krieg gegen Iran werben zu lassen.

Im Oktober 2012 wurde die MEK offiziell von der US-Regierung von der Liste terroristischer Organisationen gestrichen.

Anhang 2:

Zur Rolle der Medien im iranischen Atomkonflikt

In Deutschland

Wie in allen Konflikten wurde auch im Iran-Konflikt seit vielen Jahren mit (Falsch-) Meldungen bewusst Einfluss auf die öffentliche Meinung über das iranische Atomprogramm genommen.

Die „Hamburger Morgenpost“ titelte am 3.1.2006: *„Iran droht jetzt mit einem vernichtenden Atomschlag“* und führte weiter aus: *„Nach Experten-Einschätzung dürfte das Mullah-Regime über nukleare Waffen verfügen“*. Den Namen eines einzigen „Experten“, der dies ernsthaft behauptet oder gar belegen könnte, suchte man in der Nachricht vergeblich.

Am 4.1.2006 präsentierte der britische „Guardian“ seiner Leserschaft Meldungen aus einem „Geheimpapier“ britischer, französischer, deutscher und belgischer Nachrichtendienste, wonach Iran u.a. in Europa Material zur Herstellung einer Atombombe kaufe. Diese Meldung erinnerte sehr an bewusst lancierte Falschmeldungen im Vorfeld des Irak-Krieges 2003.

Ebenfalls im Januar 2006 berichtete die Nachrichtenagentur UPI, dass die Regierung in Teheran noch vor dem iranischen Neujahrsfest am 20.3.2006 einen ersten Atombombentest durchführen wird. Quelle war eine in den USA ansässige „Oppositionsgruppe“, die sich dabei auf mehrere unabhängige Quellen in den USA und Iran berief. Auch diese Meldung gehörte wohl zur Kategorie „psychologische Kriegsführung“ mittels Irreführung der Öffentlichkeit.

„Spiegel online“ berichtete am 19.1.2006: *„Der BND geht davon aus, dass Iran schon*

in wenigen Monaten eine Atombombe bauen könnte“. Dabei berief sich „Spiegel online“ auf einen Vortrag des BND-Chefs Ernst Uhrlau, den dieser am Tag zuvor in Berlin vor dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages gehalten hatte.

Der BND brauchte nicht lange zur Klärstellung, die dann ebenfalls von „Spiegel online“ ins Internet gestellt wurde: *„Zeitungsmeldungen, der Iran sei laut BND-Erkenntnissen möglicherweise nur wenige Monate vom Bau einer Atombombe entfernt, wurden jedoch vom BND umgehend dementiert“*.

Der damalige Generaldirektor der IAEA in Wien, ElBaradei, gab im Januar 2006 dem US-Nachrichtenmagazin „Newsweek“ ein Interview, das Quelle vieler zweideutiger Meldungen wurde. ElBaradei hatte gesagt: *„Wenn sie nukleares Material haben und wenn sie ein paralleles Waffenentwicklungsprogramm laufen haben, dann sind sie wirklich nicht weit – ein paar Monate – von der Atomwaffe entfernt“*. Das zweifache „wenn“ in diesem Satz wurde dann in etlichen nachfolgenden Meldungen unterschlagen. Im gleichen Interview hatte ElBaradei allerdings auch betont, dass die IAEA bisher keine Anzeichen für ein iranisches Atomwaffenprogramm gefunden habe, was allerdings in der Berichterstattung über das Interview wenig Beachtung fand.

Dieser letzte Satz ElBaradeis störte die Bild-Zeitung am 18.1.2006 dennoch nicht, neben den Bildern von Adolf Hitler und Mahmud Ahmadinejad – beide in gleicher Pose – zu titeln: *„Ist der Irre aus Teheran so gefährlich wie Hitler?“* und ElBaradei, der

angeblich „den Iran notfalls mit Gewalt hindern“ möchte, „an ihrem nuklearen Waffenprogramm zu arbeiten“ sehr frei zu zitieren: „Seine (ElBaradeis, Anm.: A.B. und C.R.) düstere Prophezeiung: Teheran ist unter Umständen nur noch wenige Monate vom Bau einer Atombombe entfernt“ (Bild, 18.1.2006).

Am 8.11.2011 – mehr als fünf Jahre danach – titelte „Bild“ erneut ohne erkennbaren Sach- oder Wahrheitsgehalt: „Irans Atombombe fast fertig. Gibt es noch dieses Jahr Krieg?“

Am 5.3.2012 erschien „Der Spiegel“ mit einem Titelbild, das den iranischen Präsidenten Ahmadinejad mit zum Himmel erhobenen Händen in einem Atompilz zeigte - und der Überschrift: „Irans Geheimes Atomprogramm. Krieg um die Bombe?“

Am 24.3.2012 erschien „Bild“ auf der Titelseite mit einem Foto Ahmadinejads und den Schlagzeilen: „Der gefährlichste Mann der Welt. Er will Israel vernichten. Er baut die Atombombe. Stürzt er uns in den nächsten Krieg? Wer kann ihn stoppen?“

Die Grenzen zwischen freier Meinungsäußerung und offener Kriegspropaganda scheinen bei einigen Beiträgen speziell in der Springer-Presse, aber auch in einigen anderen Medien, äußerst fließend zu sein.

In den USA

Auch in den USA nehmen es Journalisten so angesehener Zeitungen wie z.B. der „New York Times“ mit ihnen selbst bekannten Fakten im Falle Iran nicht so genau. Als im Jahre 2004 ein iranischer Laptop mit Informationen über die iranische Shahab-Rakete

auftrauchte, äußerte die New York Times den Verdacht, dass eine dargestellte Blackbox an der Spitze der Rakete Platzhalter für einen atomaren Sprengkopf sei. Der Laptop enthielt allerdings auch Informationen, dass diese Blackbox lediglich der Informationsgewinnung bei Versuchsflügen der Rakete dienen sollte. Als ein US-Wissenschaftler, die Zugang zu den Daten hatten, von der New York Times eine Richtigstellung der atomaren Sprengkopf-Meldung verlangte, lehnte die Redaktion dies ab.

(vgl. www.armscontrolwonk.com)

Unterdrückung den Iran entlastender Beispiele

Auffällig ist, dass in westlichen Medien Meldungen, die Iran bezüglich seiner Atombomben-Ambitionen entlasten, weitgehend unterdrückt oder sogar ins Gegenteil verkehrt werden.

In einem ausgezeichnet differenzierten Beitrag mit dem Titel „Das Nuklearprogramm des Iran – zivil oder militärisch?“¹³ beschreibt Martin Kalinowski, der im März 2006 die Carl-Friedrich von Weizsäcker-Proffessur für Naturwissenschaft und Friedensforschung an der Universität Hamburg angetreten hat und zuvor sieben Jahre für die Teststoppvertragsorganisation in Wien tätig war, zwei solcher Beispiele:

„Die bisher brisanteste Entdeckung wurde in der Kala Electric Company in Abali bei Teheran gemacht. Die IAEA hat Spuren von hoch angereichertem Uran in Wischproben nachweisen können, die Inspektoren im August 2003 auf der Oberfläche von Maschinenteilen für die

13 Martin Kalinowski, Das Nuklearprogramm des Iran - zivil oder militärisch, in: Wissenschaft und Frieden, Dossier 51, hg. von Wissenschaft und Frieden in Zusammenarbeit mit den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), Bonn 2006.



auf eine Hochanreicherung von Uran im Iran hinweisen. Somit kann die IAEA dem Iran also keinen Bruch seiner Verpflichtungen unter Artikel II des NVV vorwerfen.“ (Martin Kalinowski, a.a.O., S. 6)

Das zweite Beispiel betrifft Unterlagen zum Bau von Atombomben

„Wenige Tage vor der IAEA-Gouverneursrats-sitzung am 24. November 2005 wurde bekannt, dass der Iran technische Unterlagen an die IAEA übergeben hat, in denen die mechanische Bearbeitung von metallischem Uran und insbesondere die Herstellung von Halbkugeln beschrieben wird. Hierfür ist keine zivile Anwendung vorstellbar. Dies ist eine eindeutig militärische Technik, die zur Herstellung der zentralen nuklearen Komponente einer Kernwaffe verwendet werden kann. In den Medien wird die voreilige Schlussfolgerung gezogen, es sei ein neuer und besonders ernst zu nehmender Hinweis auf ein weit fortgeschrittenes Kernwaffenprogramm entdeckt worden. Ganz im Gegensatz dazu wertet die IAEA die Übergabe der Dokumente als einen positiven Schritt zur Erfüllung der geforderten Transparenz und sieht im bekannt werden dieser Unterlagen keinen Vertrauensbruch. Tatsächlich befanden sich die beschriebenen Unterlagen in einem Stoß zahlreicher Dokumente, die der Iran bereits vor rund zehn Jahren vom A.Q. Kahn-Netzwerk aus Pakistan unaufgefordert im Zuge der Lieferung von Zentrifugen erhalten hatte. Der Iran beteuert, diese für den Kernwaffenbau wichtigen Informationen weder bestellt noch verwendet zu haben. Für alle hier aufgeführten Indizien, die vor allem in ihrer Häufung die Vermutung von Kernwaffenambitionen nahe legen, hat der Iran Erklärungen abgegeben, die mit der Unschuldsvermutung vereinbar sind“ (Martin Kalinowski, a.a.O., S. 8).

Urananreicherung genommen hatten. (...) In der Folge blieb zwei Jahre lang umstritten, ob mit dem Nachweis von Spuren hoch angereicherten Urans ein Verstoß gegen den NVV aufgedeckt worden sei. Der Iran erklärte, dass die gefundenen Spuren beim Import der Anlage von Pakistan als Kontamination mit eingeschleppt worden seien. (...) Im August 2005 kam dann jedoch die Entwarnung. Ein internationales Team von Experten konnte den Nachweis erbringen, dass die Isotopenzusammensetzung der im Iran gefundenen Uranspuren mit pakistansischen Proben übereinstimmen, die diesen Experten zur Verfügung standen. Damit war endlich die Erklärung des Iran bestätigt. Diese Nachricht blieb von den Medien weitgehend unbeachtet, und nur wenigen Beobachtern wurde deutlich, dass somit keinerlei Spuren



Plakat der peace factory,
einer ngo in Israel : www.israellovesiran.com

Hinweis

Alle Internet-Adressen wurden
zuletzt am 29.10.2012 aufgerufen.
Redaktionsschluss: 29.10.2012

Literaturhinweise

Michael Lüders, Iran: Der falsche Krieg.
Wie der Westen seine Zukunft verspielt,
München 2012.
Christoph Bertram, Partner, nicht Gegner.
Für eine andere Iran-Politik.
Hg. von Roger de Weck, Berlin 2008.
Gero von Randow und Ulrich Ladurner,
Die iranische Bombe. Hintergründe
einer globalen Gefahr, Hamburg 2006.
Bahman Nirumand, Iran.
Die drohende Katastrophe, Köln 2006.

Autoren

Prof. Dr. Andreas Buro ist friedens-
politischer Sprecher des Komitee für
Grundrechte und Demokratie
und Koordinator des „Monitoring-Projekts:
Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und
Kriegsprävention“.

Clemens Ronnefeldt ist Referent
für Friedensfragen beim deutschen Zweig
des Internationalen Versöhnungsbundes.

Spendenkonto:

Förderverein Frieden e.V.

Kto.-Nr. 404 1860 401
GLS Bank, BLZ 430 609 67
Stichwort: Monitoring-Projekt

Bestellung an:

Kooperation für den Frieden

Römerstraße 88 · 53111 Bonn
Tel. 02 28 / 69 29 04 · Fax 02 28 / 69 29 06
info@koop-frieden.de

Organisation/Gruppe _____

Vorname, Name _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

eMail _____

Ich/wir bestellen Expl. der BürgerInnen-Information zum Monitoring-Projekt.

Ich/wir bestellen Expl. Dossier I: Der Iran-Konflikt

jeweils: 1 Expl. à 1,- EUR; ab 5 Expl. à 0,50 EUR; ab 50 Expl. à 0,40 EUR

Ich/wir bestellen Expl. Dossier I b: Die Iran-Verhandlungen – November 2012

Ich/wir bestellen Expl. Dossier III: Der Israel-Palästina-Konflikt – Neuauflage Juni 2010

Ich/wir bestellen Expl. Dossier IV: Der Afghanistan-Konflikt – Neuauflage Nov. 09

Ich/wir bestellen Expl. Dossier V: Syrien zwischen ... – Februar 2012

jeweils: 1 Expl. à 1,20 EUR; ab 5 Expl. à 1,00 EUR; ab 50 Expl. à 0,70 EUR

Ich/wir bestellen Expl. Aktualisierung zu Dossier V: Der Syrienkonflikt à 0,50 EUR

zzgl. Versandkosten / gegen Rechnung.